

Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **67 (1980)**

Heft 24

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

BE: Verlegung des Schuljahresbeginns auf den Spätsommer

Die im Kanton Bern durchgeführte, breite Vernehmlassung zur vorgesehenen Gesetzesänderung und zum Dekret für das 1982/83 geplante Langschuljahr ist positiv verlaufen. Es besteht allgemein die Bereitschaft, mit der Verlegung des Schuljahresbeginns einen Beitrag zur äusseren Harmonisierung des schweizerischen Schulwesens zu leisten.

Die Vorlage wird im Frühjahr 1981 dem bernischen Parlament unterbreitet und untersteht bei dessen Annahme dem fakultativen Referendum. Eine allfällige Volksabstimmung ist vorgesehen auf Ende November 1981, koordiniert mit der entsprechenden Abstimmung im Kanton Zürich.

Der von den Kantonen Zürich und Bern eingeschlagene Weg entspricht dem Konkordatsgedanken. Das Bestreben, in diesem Sinne die Vereinheitlichung des Schuljahresbeginns in der Schweiz zu erreichen, ist von grosser Bedeutung und wird auch der inneren Schulkoordination neue Impulse verleihen.

UR: Wenig überzeugendes Ja der Urner zum Abkommen über die Hochschulbeiträge

Als letzter der vier Urschweizer Stände hat Uri mit 4700 Ja gegen 3880 Nein beschlossen, der Interkantonalen Vereinbarung über Hochschulbeiträge beizutreten. Während der Dauer des Konkordates von sechs Jahren wird mit jährlichen Leistungen des Kantons zwischen 550 000 Franken und 1 Million Franken im Jahr gerechnet. Insgesamt acht Gemeinden lehnten den Beitritt zur Hochschulvereinbarung ab.

SZ: Nach zehn Jahren Reallohnerhöhung für Lehrer

Der Schwyzer Kantonsrat sprach sich für eine fünfprozentige Reallohnerhöhung für die Lehrkräfte an den Volksschulen aus. Auch wurde, analog den Besoldungen der Behörden und des Staatspersonals, die Teuerung teilweise ins Gehalt eingebaut. Ein Antrag auf eine dreiprozentige Reallohnerhöhung wurde vom Rat verworfen.

SZ: Kein Lehrermangel in Sicht

Der Schwyzer Erziehungsrat hat von einem weiteren Bericht über die «Berechnung zum Bedarf an Primarlehrkräften an den Volksschulen im Kanton Schwyz» Kenntnis genommen. Danach ist anzunehmen, dass bis Ende 1985 jährlich mit einem Bedarf von 30 bis 35 neuen Lehrkräften in der Primarschule gerechnet werden kann: «Dieser kann voll durch Absolventen unserer

kantonalen Lehrerseminare gedeckt werden. Sollte sich ein erneuter Lehrermangel abzeichnen, so werden die Erziehungsbehörden entsprechende Gegenmassnahmen treffen», heisst es dazu im amtlichen Bericht aus den Ratsverhandlungen.

SO: Ja zur Hochschulvereinbarung

Im Kanton Solothurn ist das Gesetz über den Beitritt zur interkantonalen Hochschulvereinbarung mit 34 595 Ja gegen 20 639 Nein angenommen worden. Die Stimmbeteiligung betrug 41 Prozent. Der Vorlage war vor der Abstimmung keiner ernsthaften Opposition begegnet. Alle Parteien hatten befürwortende Parolen beschlossen. Um so mehr überrascht die verhältnismässig knappe Zustimmung zum Hochschulgesetz, nachdem kurz vor dem Urnengang Mittelschüler und Kantonschullehrer mit eindringlichen Appellen an die Öffentlichkeit getreten waren. Zwar wurde in keinem der zehn Bezirke die Sicherung des Hochschulzugangs für Studenten aus dem Kanton Solothurn abgelehnt, doch kamen sich in den ländlichen Bezirken Bucheggberg mit einem Überschuss von 76 Ja-Stimmen, Balsthal Tal mit einem solchen von 19 Stimmen und Thierstein mit 6 Ja-Stimmen-Mehr (1242 zu 1236) die Ja- und Nein-Stimmen sehr nahe. Die Vorlage wurde somit von den bevölkerungsreichen Bezirken «gerettet», die schliesslich für einen Anteil von 62 Prozent befürwortenden Stimmen am Gesamtergebnis sorgten. Es ist anzunehmen, dass namentlich in kleineren und mittelgrossen Ortschaften ein verhältnismässig starkes Unbehagen über die Hochschulen und ihre Absolventen besteht.

BS: Schuljahresbeginn: Basel wartet ab

Der Kanton Basel-Stadt will sich in der Frage des Schuljahresbeginns zurückhalten, bis Entscheide in den Kantonen Zürich und Bern vorliegen. Der Erziehungsdirektor des Stadtkantons, Regierungsrat Arnold Schneider, erklärte an der Jahresversammlung der staatlichen Schulsynode der öffentlich-rechtlichen Lehrerorganisation, Basel werde sich aus regionalen Gründen eher auf eine Berner Regelung ausrichten.

SH: Keine Fünftagewoche für Schaffhauser Schüler

Schaffhauser Schüler gehören am Samstag morgen in die Schulstube. Mit diesem Schlusspunkt hat der Schaffhauser Grosse Rat die Beratung des neuen Schulgesetzes in erster Lesung abgeschlossen. Die Fünftagewoche für Schüler, die in den Kantonen Waadt und Jura bereits eingeführt ist und im Tessin demnächst kommen wird, fand bei der Mehrheit der Kantonsparlamentarier keine Sympathie.

GR: Mangel an romanischen Lehrern

Im Schuljahr 1980/81 ist es erstmals seit Jahrzehnten mangels genügender Anmeldungen nicht mehr möglich, am Bündner Lehrerseminar eine geschlossene romanische Abteilung in der ersten Seminarklasse zu führen. Auf Grund dieser besonderen Situation in dieser Seminarklasse und unter Berücksichtigung der kleinen Klassenbestände der romanischen Abteilungen der übrigen Klassen zeichnet sich für die Zukunft insbesondere für das Oberhalbstein und die Surselva, das Bündner Oberland, ein Lehrermangel ab. Diese Tatsache spricht für eine gezielte zusätzliche Förderung der Diaspora-Romanen, weshalb die Kantonsregierung, gestützt auf einen Antrag der Erziehungskommission, die Seminarleitung ermächtigt hat, für Seminaristen aus nichtromanischen Grundschulen mit Romanischkenntnissen Stützkurse in romanischer Sprache von höchstens zwei Jahreslektionen durchzuführen.

AG: Im Aargau herrscht Mangel an Sekundarlehrern

Die Zunahme der Abteilungen an der Aargauer Sekundarschulstufe sowie verschiedene Neueröffnungen von 4. Sekundarschulklassen haben zu einem spürbaren Mangel an Sekundarlehrern geführt. Obwohl zwar die Neupatentierungen in den letzten Jahren zugenommen haben, konnten die Lücken noch nicht geschlossen werden.

Das Aargauer Erziehungsdepartement fordert in einem Schreiben alle Lehrkräfte auf, die gegenwärtig als Vikare an einer Sekundarschule unterrichten, an einem Informationsgespräch teilzunehmen, wo über die gegenwärtige Situation, über die Zulassungs-, Studiums- und Prüfungsbedingungen orientiert werden soll. Gleichzeitig wurden die Schulpflegen gebeten, bei der Primar-Lehrerschaft Umschau zu halten, ob sich nicht weitere Lehrkräfte für das Studium des Sekundarlehrers interessieren.

AG: Hochschulbeiträge vom Volk beschlossen

Mit 65 415 Ja gegen 38 053 Nein ist am 30. November die Hochschulvorlage angenommen worden. Die Annahme des Hochschulbeitragsgesetzes gibt dem Aargau die Möglichkeit, vorerst bis 1986 an den wachsenden Lasten der Hochschulkantone mitzutragen und damit eine Benachteiligung der aargauischen Hochschulabsolventen zu vermeiden. Dass die Befürwortung zwar deutlich, aber nicht wuchtig ausfiel, dürfte verschiedene Gründe haben und zum Teil auch auf das aargauische Empfinden zurückzuführen sein, dass der Kanton im Rahmen des interkanonalen Lastenausgleichs auch Rechnung zu stellen hätte, wenn man es ganz genau nähme.

TG: Thurgauer Ja zu den Hochschulbeiträgen

Der Kanton Thurgau ist nun ebenfalls der Interkantonalen Vereinbarung über Hochschulbeiträge beigetreten. Mit 30 805 gegen 17 738 Stimmen wurde bei einer Stimmbeteiligung von 47,6 Prozent der Beitritt gutgeheissen, womit den Absolventen von Mittelschulen der freie Zugang zu den kantonalen Hochschulen weiterhin gewährleistet ist. Andererseits ist nun der Thurgau als Nichthochschulkanton verpflichtet, jährliche Beiträge an die Kosten der kantonalen Hochschulen zu bezahlen.

VD: Waadtländer für Fünftagewoche in der Schule

Die Waadtländer haben mit 79 650 Ja gegen 52 494 Nein, also recht deutlich, die Initiative für die Einführung der Fünf-Tage-Schulwoche angenommen. Die grosse Überraschung ist darin zu sehen, dass selbst die meisten Gemeinden in ausgesprochen ländlichen Gebieten diesmal dem konservativen Reflex nicht oder nur teilweise gefolgt sind und sich für die Neuerung ausgesprochen haben. Es kam in der stark emotional geladenen Frage der Fünf-Tage-Schulwoche nicht zu einer Manifestation des oft das politische Leben im Waadtland prägenden Antagonismus zwischen dem Land und den urbanen Zentren, wenn auch Lausanne (19 041 Ja gegen 10 000 Nein) und andere Städte, wo die Linke stark ist, entschiedener für die Initiative gestimmt haben als der Kanton.

Offenbar haben die von dem rührigen Aktionskomitee für die Initiative ausgegebene Parole der «harmonischen Familienzusammenführung am Wochenende» und der Hinweis auf die wünschbare Abstimmung der Schulpolitik mit den Nachbarkantonen Genf, Freiburg und Neuenburg in weiten Kreisen anziehend gewirkt. Ins Gewicht fiel ferner, dass die Christlichdemokraten und die Umweltschutzbewegung zusammen mit der Linken für die Initiative eintraten, während die Freisinnigen und die Liberalen in dieser Frage gespalten waren. Die Stimmbeteiligung von 42,2 Prozent ist für waadtländische Verhältnisse recht gut.

JU: Auch der Kanton Jura für Hochschulbeiträge

Bei einer Beteiligung von 67 Prozent haben die Stimmberechtigten des Kantons Jura ihren ersten kantonalen Urnengang hinter sich gebracht. Mit 18 672 Ja gegen 11 371 Nein hiessen sie den Beitritt des Kantons zur Interkantonalen Vereinbarung über die Hochschulbeiträge gut.